

Paul Schobel
 - Betriebsseelsorge Diözese Rottenburg-Stuttgart -
 Altensteiger Str. 6, 71034 Böblingen
 (07031/271511) E-mail: Paul.Schobel@t-online.de

Es gilt das gesprochene Wort!

GEMEINSAM FÜR EIN BESSERES LEBEN – Kundgebung Pforzheim – 22. 07. 08

(1)

„Bitte verachtet uns nicht. Wir sind ganz einfach zu schwach, zu schwach für das Leben. Aber ich will arbeiten und leben, ich will...“. Diesen Spruch hat in Stuttgart wohl ein Obdachloser auf Platte, auf jeden Fall aber ein Mensch ohne Arbeit und Einkommen an eine Wand gesprüht. Ein stummer Hilfeschrei: „wir sind ganz einfach zu schwach, zu schwach für das Leben...“. Aber wer hört schon diesen verzweifelten Hilferuf, wen juckt das wirklich? Tag für Tag blicken wir jener – sozusagen - un-verschämten Armut ins Gesicht, die aus sich gar kein Geheimnis mehr macht, und der wir am helllichten Tage in den Bannmeilen unserer Städte auf Schritt und Tritt begegnen. Auch wenn wir es nicht wahrhaben wollen, es ist wahr: In einem der reichsten Länder der Welt wühlen Menschen des Nachts wieder in der Mülltonnen der Reichen. Und wahr ist auch, daß dieser un-verschämten Armut massenhaft verschämte Armut gegenübersteht, die stumm und oft unter Tränen ausgelitten wird von alleinerziehenden Frauen, armen Alten, Geringverdienenden und Arbeitslosen. Armut in Deutschland ist Armut im Wohlstand. Die Armen hierzulande fristen ihr erbärmliches Dasein inmitten einer stinkfeinen Schickeria, die zwar alle Annehmlichkeiten unserer Gesellschaft genießt, aber sich aus der sozialen Verantwortung davontiehlt.

Und das ist es, was uns heute auf die Straße treibt:

- Es ist die Tatsache, dass Arbeitslosigkeit verharmlost, herunter gerechnet und statistisch geschönt wird. Dabei sind es immer noch über drei Millionen Menschen, denen die Arbeit aus der Hand geschlagen wurde, und die – zusammen mit ihren Angehörigen – als Langzeitarbeitslose ein jämmerliches Dasein führen: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Immer noch ist die Arbeitslosigkeit die klassische Falltür in die Armut und eine Rutschbahn an den Rand der Gesellschaft.
- Die Tatsache, dass wir immer noch zu wenig Anstrengungen unternehmen, um unserer Jugend den Zugang in Ausbildung und Arbeit zu eröffnen. Immer noch hängen Hunderttausende der Altbewerber in den Warteschleifen. Für viele von ihnen ist der Weg in die Arbeitslosigkeit vorprogrammiert.
- Die Roßtäuscherei um die „Rente mit 67“, die nichts anderes bedeutet als ein verkapptes Renten Kürzungsprogramm. Als Betriebsseelsorger weiß ich, wovon ich rede: Zahllose Beschäftigte werden angesichts einer massiven Leistungsverdichtung und einer kolossalen Arbeitslast diese Latte reißen. Sie werden vorzeitig aufhören und dafür Abschlüge in Kauf nehmen müssen.
- Das seit Jahren anhaltende Gezeter um eine „Gesundheitsreform“, in der immer noch mehr Last auf die Patienten selbst abgewälzt wird. In der nur noch private Vorsorge zählt und die Gesunden nicht mehr eintreten wollen für die Kranken. Ein Gesundheitswesen, das nicht mehr ein öffentlich bereit gestelltes Gut bedeutet, sondern ein lukratives Wirtschaftsunternehmen, bei dem sich manche dumm und dusslig verdienen!
- Das jämmerliche Desaster, dass nicht einmal mehr Arbeit vor Armut schützt, sondern immer mehr Beschäftigte ihre mickrigen Verdienste über die Arbeitsagentur aufstocken müssen. Dass Firmen in den Markt drängen, die nur marktfähig sind, weil sie Hungerlöhne bezahlen und das Arbeitsamt als Lohnbüro mißbrauchen.

(2)

„Tiefe Risse gehen durch das Land...“, klagten vor Jahren schon die beiden großen Kirchen. Seitdem hat sich die gesellschaftliche Spaltung eher noch vertieft. Inzwischen verfügen 10 % der reichsten Haushalte über 50 % des Volksvermögens. Da unterscheiden wir uns kaum noch von einer ganz gewöhnlichen Bananenrepublik. Zumal auch unser Land immer mehr in einem Sumpf von Korruption versinkt. Da nehmen die Herrschaften natürlich alle Vorteile hierzulande wie selbstverständlich in Anspruch, verschieben aber ihre Moneten am Gemeinwohl vorbei in irgend ein Steuerparadies. Und die Manager wühlen im Geld wie dumme Buben im Sandkasten. Es ist einfach unerträglich, dass die einen die Sahne abschöpfen und die andern mit Magermilch abgefüttert werden. Denn schon seit Jahren sinken – in Kaufkraft gemessen – auch die Einkommen der Erwerbstätigen. „Tiefe Risse gehen durch das Land...“ Völlig zurecht forderten die Kirchen in ihrem Sozialwort, dass in diesem Land endlich „*nicht nur die Armut, sondern auch der Reichtum Gegenstand der politischen Debatte*“ werden müsse.

Diese Spaltung unserer Gesellschaft kam nicht wie der Dieb in der Nacht - die Risse in den tragenden Wänden sind das Ergebnis einer hirn-rissigen Verteilungspolitik, die immer mehr Reichtum in private Schatullen befördert und die öffentlichen Haushalte an den Bettelstab bringt. Die Bude wackelt, weil der neo-liberale Wahn vom unbegrenzten Markt das Fundament unterspült und Solidarität und Gerechtigkeit als die ehemals tragenden Pfeiler dieser Gesellschaft ins Wanken bringt. Nun läutet man dem Sozialstaat das Totenglöcklein. „Nicht mehr finanzierbar...“, singen die Totengräber schaurig im Chor. Haben wir denn über Nacht eine neue Verfassung bekommen? Im Grundgesetz steht doch immer noch, die Bundesrepublik Deutschland sei ein „Sozialer Rechtsstaat“. Wenn dem so ist, dann hat er die Pflicht und Schuldigkeit, um noch einmal das Kirchenwort zu zitieren, „*jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen...*“ Es darf nicht sein, dass 13 % der Bevölkerung in Armut leben und weitere 13 sich grade noch am Geländer staatlicher Fürsorge festhalten können.

Wer Sozialabbau betreibt, gleicht einem Dummkopf von Baumeister, der ausgerechnet am Zement spart und sich dann wundert, wenn ihm beim Ausschalen ein Kieshaufen vor die Füße rieselt. Wer Sozialabbau betreibt, riskiert den Zerfall und gefährdet die Demokratie. Denn Sozialleistungen sind das Bindemittel, der Zement, der den Laden zusammenhält. Und darum fordern wir eine Politik des sozialen Ausgleichs, weil Wert und Würde des Menschen unantastbar sind. Wir lassen den Sozialstaat nicht vermarkten und verramschen. Dafür ist uns der soziale Friede zu kostbar.

Und wenn diese Botschaft bei den Herrschaften in den Schaltzentralen der Wirtschaft und der Politik nicht mehr ankommt, dann sollten sie sich bitteschön auf ihre eigene Algebra besinnen: Sozialer Friede ist auch und gerade ein Standortfaktor. Ihn zu bewahren, ihn so festigen, macht unsere Demokratie und unsere Wirtschaft zukunftsfähig. Eine zerrissene, gespaltene Gesellschaft hat in der globalen Welt keine Chance mehr. Da werden sich zwar Heuschrecken drüber her machen, aber anständige Inverstoren wenden sich mit Grausen! Wer da glaubt, ein Gemeinwesen wie einen Konzern nach Marktgesetzmäßigkeit führen zu können, öffentliche Dienstleistungen und Güter gewinnträchtig zu privatisieren, treibt es in den Bankrott. Dann darf er sich nicht wundern, wenn ihm die Fetzen um die Ohren fliegen. Wir sind immer noch eine Wertegesellschaft und keine Wertpapiergesellschaft.

(3)

Weil uns an Werten liegt, weil wir sozialen Frieden und gesellschaftlichen Konsens und keine Spaltung wollen, setzen wir uns ein

- für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wer arbeitet, soll auch essen und menschenwürdig leben können. Wir lassen nicht länger zu, dass für gute Arbeit ein miserabler Lohn bezahlt und mit öffentlichen Mitteln aufgestockt wird. „*Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund*“, sagt die Bibel unvermißverständlich (Jesus Sirach

34,26-27). Man greift sich an den Kopf: Mit solchen Hungerlöhnen begründen wir heute schon die Altersarmut von morgen. Das begreife, wer mag...

- Wir kämpfen für eine Reform des Arbeitslosengeldes. Und mit dieser Reform muss auch der Name „Hartz“ aus dem Sprachgebrauch verschwinden! Wir wollen diesen Namen nicht mehr hören. Wir setzen uns ein für einen Regelsatz, der ein Leben in Würde auch ohne Erwerbsarbeit garantiert. Wir setzen uns dafür ein, dass dem „Fordern“ endlich auch das „Fördern“ entspricht, dass Erwerbslose nicht bedrängt und bespitzelt werden, sondern dass man sie begleitet, motiviert und qualifiziert. Und dass endlich Arbeit geschaffen wird im sozialen Ausbau, im ökologischen Umbau, in Bildung und Kultur. Da gäbe es alle Hände voll zu tun!
- Wir wollen, dass aus den zweifelhaften „Ein-Euro-Jobs“ anständige Arbeit wird. Denn nun ist ja bewiesen: es gibt diese Arbeit, aber wir sind nicht bereit, sie mit Einkommen, mit Rechten und Würde auszustatten. Eine Beleidigung für die Menschen, die diese Arbeit tun.
- Wir setzen uns ein für den Erhalt und den Ausbau der solidarischen Sicherungssysteme. Es geht nicht an, dass man Lebensrisiken wie Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit gewinnträchtig „outsourct“ in die private Vorsorge und sie den Kapitalmärkten überlässt. Wie die das Geld verbrennen, beweisen sie grade mal wieder weltweit. Nirgendwo ist unser sauer Ersparnis unsicherer angelegt als an den Kapitalmärkten. Bei den Ölpreisen können wir es dann auch gleich selber im Ofen verbrennen.

Ich mahne von dieser Stelle aus die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft: Macht diese Gesellschaft nicht zu einer Räuberhöhle. Gestaltet sie aus zu einem Menschenhaus, in dem alle anständig wohnen und leben können. Wie gerne würde ich Rathäuser und Parlamente mit jenem bekannten Spruch des heiligen Augustinus zieren: *„Ein Staat ohne soziale Gerechtigkeit gleicht einer organisierten Räuberbande“*. Vielleicht würden die Politiker aller Farben, diesen Spruch vor Augen, manche Entscheidungen anders treffen!

Den Verantwortlichen im Pforzheimer „Sozialforum“ und allen Organisationen, die sich unter diesem Dach zusammenfinden, wünsche ich weiterhin viel Mut und Phantasie. Im Namen vieler Kirchenleute beider Konfessionen darf ich Euch versichern: wir kämpfen mit Euch um ein besseres Leben für alle. Die Botschaft der Bibel lässt uns gar keine andere Wahl. Denn: *„Wer den Armen beleidigt, beleidigt den, der ihn geschaffen hat...“*, heißt es im Buch der Sprüche (17,5).

Den Politikern aber schreibe ich ins Stammbuch: In einem reichen Land darf es keine Armut geben. Und wo es alle Hände voll zu tun gibt, keine Arbeitslosigkeit!